



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND SACHSEN

PETA Deutschland e. V.

1. Tierschutzverbandsklage

In sieben Bundesländern sind Tierschutzverbände zur Verbandsklage berechtigt.

- a) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode für die Einführung eines Tierschutzverbandsklagerechts in Sachsen einsetzen?

Wir sprechen uns für das Verbandsklagerecht aus. Am besten wird es über ein Gesetz eingeführt, das auch umfassend weitere Punkte des Tierschutzes aufgreift. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass beim Verbandsklagerecht alle Seiten profitieren können. Es bieten sich durchaus Chancen auch für die Behörden. Der Idealfall ist, dass durch das Verbandsklagerecht zwischen Behörden und Vereinen ein Beratungsverhältnis entsteht und daraus eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dazu kommt, dass der Tierschutz seit 2002 ein verfassungsgemäßes Staatsziel ist, ebenso wie der Naturschutz. Im Naturschutz gibt es selbstverständlich bereits seit langem das Klagerecht. Der einzig momentan mögliche Klageweg in Tierschutzsachen, der über ein Strafverfahren läuft, setzt viel zu hohe Hürden.

2. Tierschutzmissstände in Schlachtbetrieben

Eine unzureichende Betäubung sowie die unsachgemäße Schlachtung von Tieren waren in der jüngeren Vergangenheit wiederholt Gegenstand von Studien und Medienberichten – auch in Sachsen.

- a) Mit welchen konkreten Maßnahmen wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Missstände in Schlachtbetrieben unverzüglich unterbunden werden?

Eine unzureichende Betäubung der Tiere während des Schlachtens führt zu Tierleid und stellt einen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz dar. Die Rechtslage ist klar und eindeutig. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass solche Verstöße gegen das Tierschutzgesetz verfolgt und bestraft werden. Es müssen weiterhin regelmäßige Prüfungen durchgeführt werden, ob die tierseuchenrechtlichen und tierschutzrechtlichen Anforderungen eingehalten werden sowie ebenfalls Kontrollen

zur Überprüfung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Anforderungen, die den Transport von Tieren betreffen. Auch setzen wir uns für eine gute personelle Ausstattung der kommunalen Veterinärämter ein, sodass regelmäßige Kontrollen tatsächlich durchgeführt werden können. Wir setzen uns außerdem dafür ein, Küken-Schreddern, betäubungslose Ferkel-Kastration und ähnliches sinnloses Tierleid zügig zu beenden.

3. Tierschutzkontrollen

Eine Antwort der Bundesregierung vom 3.7.2018 (BT-DS 19/3195) ergab, dass tierhaltende Agrarbetriebe in Sachsen im Durchschnitt alle 9,9 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.

a) Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

Das Ziel muss eine deutlich regelmäßigere Kontrolldichte sein. Dafür brauchen wir aber auch entsprechende Fachkräfte, die es kaum gibt. Denn ohne ausreichend Personal sind mehr Kontrollen nicht zu schaffen. Hier sind Maßnahmen zu prüfen, um mehr Amtsveterinäre zu gewinnen, etwa neue Assistenzberufe, die die Veterinäre entlasten können. Siehe dazu auch die Antwort zur Frage 2a).

4. Tierversuche / Tierverbrauch in der Lehre

Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Schmerzen für die Tiere verbunden, während die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen sowie die wissenschaftliche Aussagekraft umstritten sind. Auch im Rahmen der Lehre an Universitäten, insbesondere für Sezierkurse, werden viele tausend Tiere „verbraucht“ – obwohl einige Universitäten bereits jetzt moderne Biologie- oder Medizin-Studiengänge anbieten, ohne dass Tiere dafür getötet werden. In fünf Bundesländern (Hessen, NRW, Saarland, Thüringen und Bremen) ist im jeweiligen Landeshochschulgesetz festgelegt, dass die Universitäten zumindest auf Antrag der Studierenden tierversuchsfreie Prüfungsleistungen anzubieten haben.

- a) Welche konkreten Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch zu fördern?
- b) Befürwortet Ihre Partei ein Studium ohne Tierverbrauch?

c) Befürwortet Ihre Partei eine Änderung des Landeshochschulgesetzes, so dass zumindest auf Antrag des Studierenden ein Studium ohne Tierversuch absolviert werden kann?

Wir setzen uns dafür ein, dass so wenige Tierversuche wie möglich stattfinden und sie schrittweise durch alternative Versuchsanordnungen ersetzt werden. Dabei werden wir das ethische „3R“-Prinzip (vermeiden, verringern, verbessern) in der Forschung weiter stärken. Langfristig muss es darum gehen, Tierversuche überflüssig zu machen und etwa durch Computersimulationen zu ersetzen. Kurzfristig muss die Zahl der Tierversuche weiter reduziert werden. Um die Erforschung von Alternativen zu Tierversuchen voranzutreiben, werden in Sachsen mehrere Projekte (bspw. an der Technischen Universität Dresden und an der Universität Leipzig) durch das Wissenschaftsministerium finanziert. Bereits heute ist die Genehmigung von Versuchen an strenge Regularien gebunden, denen die medizinische Forschung unterworfen ist. Am Dresdner und Leipziger Standort der Landesdirektion Sachsen gibt es je eine Tierversuchskommission. Sechs von den 25 Kommissionsmitgliedern sind von Tierschutzorganisationen benannt worden. Die Kommissionen bewerten bei jedem einzelnen Tierversuch, ob er für die Erforschung der in §7a Abs. 1 Tierschutzgesetz vorgeschriebenen Zwecke unerlässlich ist und nicht durch mildere Mittel ersetzt werden kann.

Auch für die Ausbildung an Hochschulen gelten klare Regeln. Experimente an Tieren sollten soweit wie möglich vermieden werden. Einzelne Studiengänge, wie z. B. die medizinische Ausbildung in Dresden, finden bereits ohne Tierversuch statt. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und die Hochschulen darin bestärken, auf Tierversuche und Tierversuch zu verzichten sowie alternative Methoden zur Anwendung zu bringen. Aus den Erfahrungen anderer Bundesländer bei der Ablegung von tierversuchsfreien Prüfungsleistungen auf Antrag wollen wir lernen und entsprechende Erfahrungen in die Novelle des Sächsischen Hochschulgesetzes einfließen lassen. Da Forschung und Lehre eng miteinander verknüpft sind, ist es uns wichtig, dass Hochschulen ihre Forschungsergebnisse kommunizieren und darlegen, welche Forschung betrieben wird. Eine entsprechende Transparenzklausel wollen wir ebenso im Hochschulgesetz verankern.

5. Jagd

Die gemäß Sachsens Landesjagdgesetz erlaubten Jagdpraktiken sind aus Sicht des Tierschutzes hochproblematisch. So stehen Totschlagfallen in der Kritik, auch

artgeschützte Tiere zu fangen sowie die Tiere teilweise nicht sofort zu töten. Dies kann zu langanhaltendem und schwerem Leid führen. Bei der Baujagd werden Füchse – oft über einen längeren Zeitraum – in Todesangst versetzt. Dabei kann es zu schweren Kämpfen zwischen Hund und Wildtier kommen, bei denen sich beide Tiere ineinander verbeißen und schwer verletzen. In Baden-Württemberg beispielsweise sind die beiden vorgenannten Jagdpraktiken als auch die Tötung von Haustieren weitgehend verboten.

a) Wird sich Ihre Partei für eine tierschutzgerechte Novellierung des Landesjagdgesetzes einsetzen?

Derzeit plant die SPD keine Änderung des sächsischen Jagdgesetzes.

b) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tier- und Naturschutzorganisationen, Totschlagfallen zu verbieten?

c) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tier- und Naturschutzorganisationen, die Baujagd zu verbieten?

Für die SPD muss sich eine zeitgemäße und naturnahe Jagd an waldökologischen Prinzipien ausrichten und gleichzeitig den Erfordernissen des Tierschutzes gerecht werden. Fallenjagd ist auf unbedingt notwendige Einsatzgebiete und Bereiche zu beschränken. Die Fallen müssen den Ansprüchen des Tierschutzes genügen. Die SPD lehnt den Einsatz von Totschlagfallen ab. Zwar sind Totschlagfallen laut sächsischem Jagdgesetz verboten, allerdings sind Ausnahmegenehmigungen per Verordnung möglich. Diese sollten unserer Auffassung nach nicht erteilt werden.

6. Jagd auf Füchse, Katzen und Hunde

In Sachsen töten Jäger jedes Jahr über 13.000 Füchse ohne den vom Tierschutzgesetz geforderten vernünftigen Grund. Ökologische, gesundheitsrelevante oder wildbiologische Argumente für eine solche massive, landesweite Fuchsbejagung sind nicht ersichtlich. Vielmehr werden Füchse als Jagdkonkurrenten angesehen oder im Rahmen der Hobbyjagd als Freizeitbeschäftigung getötet. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd für zunächst ein Jahr ein, das aufgrund der positiven Erfahrungen verlängert wurde und weiterhin Bestand hat.

a) Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Jagd auf Füchse?

Eine Ausweitung der Fuchsjagd lehnen ab. Wir streben einen Kompromiss zwischen Naturschutz und Jagd an, der auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht.

b) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass heimische Wildtiere wie Füchse nicht mehr flächendeckend ohne vernünftigen Grund getötet werden dürfen?

Wir wollen den naturnahen Waldumbau hin zu robusten Mischwäldern, die den veränderten Klimabedingungen standhalten, vorantreiben. Dazu gehört auch, durch verantwortungsvolle Jagd die Wildbestände so zu regulieren, dass gesunde und vielfältige Wald-Lebensgemeinschaften erhalten werden und sich die natürlich vorkommenden Baumarten ohne Schutzmaßnahmen verjüngen können. Eine flächendeckende Jagdausübung im Sinne der Regulierung der Wildbestände (z. B. Schutz vor Wildschäden, naturnaher Waldumbau) liegt im öffentlichen Interesse. Ein generelles Verbot der Jagd von Wildtieren lehnen wir daher ab.

c) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Tötung von Hunden und Katzen durch Jäger untersagt wird?

Verträgliche Maßnahmen wie das Einfangen sollten gegenüber der Tötung stets vorrangig sein. Schon jetzt regelt das Jagdgesetz, dass beispielsweise ein Abschuss von wildlebenden Hunden nur das letzte Mittel sein darf, welches zusätzlich noch einem Genehmigungsvorbehalt unterliegt. Im Einzelfall gilt es, eine vernünftige Abwägung zwischen Belangen des Tierschutzes und des Naturschutzes zu treffen, da beispielsweise freilaufende Katzen durchaus eine Gefahr für Vögel und Kleinsäuger darstellen.

7. Angel-AG's an Schulen

Einige Ganztagschulen in Sachsen bieten Angeln als AG an. Dabei werden Kinder an das Töten von empfindungsfähigen Wirbeltieren herangeführt.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Angel-AG's nicht mehr an Schulen angeboten werden?

Nein. Die SPD spricht sich gegen ein Angelverbot für Kinder aus. Durch die fachkundige Begleitung in den AGs erhalten die Kinder das notwendige Wissen und

Unterstützung. Kinder lernen den tierschutzgerechten Umgang mit Fischen nicht nur theoretisch im Unterricht, sondern auch durch fachkundige Anleitung am Wasser. Dabei erfahren und erleben sie das Ökosystem Wasser, das Zusammenspiel verschiedener Faktoren innerhalb dieses Systems, den Schutz und Erhalt der Tier- und Pflanzenwelt und sie lernen etwas über Gewässerpflege. Gerade das fachkundig angeleitete Angeln vermittelt Kindern und Jugendlichen Respekt vor der Schöpfung und dem Leben, so wie auch in der Ausbildung zum Erwerb des Fischereischeins Themen des Tierschutzes eine große Rolle spielen.

8. Sachkundenachweis für Hundehalter

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Durch das vermittelte Wissen werden eine tiergerechte Haltung gefördert, Spontankäufe und damit einhergehende Abgaben an Tierheime reduziert sowie vor allem die Anzahl an Beißvorfällen gesenkt.

a) Wie steht Ihre Partei zu der Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter?

Wir finden es vor allem sinnvoll, wenn wir zwischen den Bundesländern zu einheitlichen Regelungen bei Haltungsverfahren kommen könnten. Es ist für Halter*innen von Hunden teils sehr schwierig, beim „Übertritt“ in ein anderes Bundesland plötzlich gänzlich andere Haltungsverfahren zu finden. Grundlage bei diesen Regelungen muss dabei eine sorgfältige Abwägung von Tierwohl und Gefahrenabschätzung sein. Wir haben bisher keinen festgelegten Standpunkt in der Frage, würden aber bei der Erarbeitung auf jeden Fall Erfahrungen des niedersächsischen Gesetzes zum „Hundeführerschein“ einfließen lassen.

9. Pflanzliche/tierische Nahrungsmittel

Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau, was neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten fördert. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

a) Wie bewertet Ihre Partei die Problematiken, die mit der Produktion und dem hohen Konsumniveau tierischer Nahrungsmittel einhergehen?

b) Plant Ihre Partei Maßnahmen, um eine ausgewogene Ernährung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu fördern bzw. den Konsum tierischer Nahrungsmittel – etwa durch ein erhöhtes Angebot an veganen Gerichten in öffentlichen Einrichtungen – in der Bevölkerung zu senken?

Unsere Ernährungsgewohnheiten haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem massiven und teilweise mengenmäßig nicht mehr gesunden Fleischkonsum entwickelt. Daher gehört für uns zur Umweltbildung auch die Sensibilisierung der Gesellschaft für bewussten und reduzierten Konsums des Nahrungsmittels Fleisch. Dieser reduzierte Fleischkonsum wäre zugleich ein wichtiger Beitrag für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und den Klimaschutz.

Wir wollen die Wahlfreiheit beim täglichen Konsum erweitern und daher die Auswahl an vegetarischen bzw. veganen Gerichten in der Verpflegung in öffentlichen Einrichtungen erhöhen.

Wir setzen uns für die Einführung eines gesetzlichen Tierwohllabels ein. Verbraucher müssen eindeutig erkennen, welche Qualität die Lebensmittel haben.

10. Textilkennzeichnung

Stichproben ergaben, dass im Einzelhandel häufig Echtpelzbekleidung ohne den gesetzlich vorgeschriebenen Hinweis „Enthält nichttextile Teile tierischen Ursprungs“ verkauft und Kunden damit fehlinformiert werden.

a) Wird sich Ihre Partei – etwa in Form von zusätzlichen Kontrollen – dafür einsetzen, die Durchsetzung des Textilkennzeichnungsgesetzes, das bereits seit dem 24.02.2016 in Kraft ist, in Sachsen zu verbessern?

Wir werden uns im Sinne des Verbraucherschutzes und der korrekten Verbraucherinformation dafür einsetzen, dass ausreichend Kontrollen durchgeführt werden.